

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)

Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

### **Missglückter und peinlicher Auftritt im Bundestag SPD-Kandidatin um BP-Amt 2009 verharmlost DDR-Untaten**

Wer angesichts des unverhofften Rücktritts von Horst Köhler und der darauf folgenden politischen Unruhe in den letzten Wochen sich vielleicht gefragt haben sollte, ob bei der Bundespräsidentenwahl 2009 Köhlers Gegenkandidatin Gesine Schwan nicht die tragfähigere Wahl gewesen wäre, wurde gestern erneut und hoffentlich endgültig eines Besseren belehrt.



(Trug

schwarz, sprach rot: Gedenkrednerin mit merkwürdiger GESINnung, Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Schwan)

Die SPD-Kandidatin zeigte sich in einer Rede vor dem Bundestag von einer Seite, die sie noch nachträglich und nach allen Regeln der Kunst als Bewerberin um das Amt des Staatsoberhauptes disqualifiziert. In ihrem von der SPD durchgesetzten Gast-Redebeitrag in der Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 stellte Schwan Vergleiche zwischen dem Unrechtsstaat DDR und der heutigen Bundesrepublik Deutschland an, die mehr als verwunderlich, ja nachgerade absurd sind.

So stellte sie allen Ernstes die aktuellen Sparbemühungen der Merkel-Regierung auf eine Ebene mit den zynischen Normerhöhungen Ulbrichts vor 57 Jahren, die seinerzeit den Freiheits-Aufstand im Osten ausgelöst hatten.

Parlamentarier mit Bürgerrechtsvergangenheit und DDR-spezifischer Opferbiographie reagierten denn auch ebenso entsetzt wie ihre westdeutschen Kollegen von Union und FDP. Selbst die ansonsten eher Schwan-freundliche Presse zeigte sich betreten und irritiert. Satiriker fanden gar, die Professorin mit der Vogelnest-Frisur habe bei dieser rhetorischen Durchstecherei unangebrachten Elan entwickelt. In bester Fußball-WM-Manier habe sie einen Drang aufs Tor bewiesen, allerdings aufs eigene,

und gewissermaßen frei nach Müller-Hohenstein ihren „inneren SED-Parteitag“ erlebt.

In einer Pressemitteilung bemerkt dazu Arnold Vaatz, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:



(Musste in DDR-Gefängnissen büßen, dass er für Bürgerrechte eintrat: Arnold Vaatz aus Sachsen)

Die Gedenkrede von Prof. Gesine Schwan zum 17. Juni ist der Aufgabe, angemessen an die Ereignisse vor 57 Jahren in der DDR zu erinnern, nicht gerecht geworden. Frau Schwan vergleicht unzulässigerweise die DDR des Jahres 1953 mit der Bundesrepublik des Jahres 2010. Dies ist absurd. Selbstverständlich steht es Frau Schwan frei, auch grundlegende Kritik am Kapitalismus zu üben oder die Politik der Bundesregierung zu kritisieren. Eine Gedenkrede zum 17. Juni im Bundestag ist allerdings weder der richtige Zeitpunkt noch der richtige Ort dafür. Die brutale Unterdrückung der Proteste um den 17. Juni 1953 in der DDR ist in keiner Weise vergleichbar mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik heute. Frau Schwan stellt dennoch die Frage: "Würden die Deutschen heute in Scharen auf die Straße gehen, wenn diese Freiheiten, sagen wir einmal: ´vorübergehend ausgesetzt´ würden, um mit starker Hand, unbehelligt von streitenden Parteien, Wahl-

kämpfen und verwirrenden Medien erst einmal die Krise zu überwinden und die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen?" Die Beschränkung von Freiheitsrechten ist in unserer Verfassung klar geregelt. Verbote demokratischer Parteien, die Aussetzung von Wahlen oder die Abschaffung der Pressefreiheit sind im Rahmen des Grundgesetzes unmöglich. Kein demokratischer Politiker in der Bundesrepublik erwägt, derartige Maßnahmen zu ergreifen. Wenn Frau Schwan dennoch solche abwegigen Fragestellungen aufwirft, wird damit insinuiert, es gebe Parallelitäten zwischen der Lage in der DDR 1953 und in der Bundesrepublik 2010. Demgegenüber ist daran zu erinnern, dass es 1953 in der DDR als unmittelbaren Auslöser der Proteste um staatlich verfügte Normerhöhungen ging, die dem Ziel dienten, den Bankrott des nicht funktionsfähigen sozialistischen Wirtschaftssystems hinauszuzögern. Gewerkschaften und Presse waren gleichgeschaltet, der Bevölkerung in der DDR blieb nur der Protest auf der Straße, um ihre Forderungen öffentlich zu machen. Es ging den Protestierenden darum, sich die elementaren Freiheitsrechte zurückzuerobern, die Ihnen die Diktatur der SED genommen hatte. Dies in einer Gedenkrede zum 17. Juni 1953 in Beziehung zu den heutigen Bedingungen einer demokratischen Gesellschaft mit freier Presse und freien Gewerkschaften zu setzen ist erstens unzutreffend und zweitens der Bedeutung des Tages nicht angemessen.

Bleibt abschließend zu fragen, was Joachim Gauck, der Nachfolger Schwans als SPD-Kandidat um das oberste Staatsamt, zu diesen Auslassungen seiner „Parteifreundin“ zu sagen hat. Eine klare Distanzierung wäre wohl das Mindeste, was man von diesem überparteilich geschätzten Aufklärer von DDR-Unrecht erwarten müsste. Doch schon mancher integre Charakter wurde seinen Prinzipien untreu, wenn er erst mal vor den SPD-Parteikarren gespannt war, wie das Sigmar Gabriel im Moment mit Herrn Gauck versucht. Mal sehen, ob dieser bis dato mutige Streiter für Wahrhaftigkeit sich ein-

spannen lässt und über Schwans Rede schweigt, statt aus dem Geist christlicher Wahrheitsliebe Widerspruch einzulegen, wo sie, weiß Gott, allerdinglichst angezeigt wäre.

### **DIESE WOCHE IM PLENUM:**

#### **Entschädigung für SED-Opfer**

In wohltuendem Kontrast zur leichtfertigen Behandlung der kriminellen DDR-Vergangenheit durch SPD-Frontleute steht die rastlose Bemühung der Union um Rehabilitierung der Opfer des ostdeutschen Sozialismus. In der letzten Legislaturperiode hat die Union im Deutschen Bundestag durchgesetzt, dass Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zum Opfer politischer Verfolgung wurden, eine Entschädigung erhalten. Der Staat würdigt seither den Widerstand ehemaliger politischer Häftlinge gegen die SED-Diktatur mit einer monatlichen Zuwendung in Höhe von bis zu 250 Euro. Mit dem neuen Koalitionspartner können CDU und CSU nun das zugrundeliegende Gesetz weiterentwickeln. „Durch das ‘Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes’ werden wir insbesondere die Benachteiligung von Beziehern der SED-Opferpension mit Kindern beseitigen und die Berechnung der Mindesthaftdauer als Anspruchsvoraussetzung vereinheitlichen. Den Jahrestag des 17. Juni nehmen wir zum Anlass, das entsprechende Gesetz in dieser Sitzungswoche in erster Lesung zu beraten“, heißt es dazu in einer Mitteilung der Unionsfraktion.

### **WEITERE THEMEN DER WOCHE:**

- Job-Center Reform beschlossen
- Keine Bundesbürgschaften für Opel

Hintergrundinformationen dazu erhalten Sie auf Wunsch vom Berliner Büro Thomas Strobls unter 030 / 227 72542.

### **BESUCHER AUS DEM WAHLKREIS:**

Erneut konnte sich Thomas Strobl Zeit nehmen, um zwei Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu empfangen. Allerdings brachte es der enorme Termindruck mit sich, dass er jeweils nur ganz kurz mit seinen Gästen (Schulklassen aus Kirchardt und Heilbronn) sprechen konnte und die eigentliche Diskussion von seinem Büroleiter Dr. Volker Schütterle geführt wurde, der Thomas Strobl üblicherweise kompetent vertritt, wenn dessen Terminplan kein längeres Gespräch zulässt.

Doch auch von den kurzen Grußworten des Heilbronner MdB waren die Schülerinnen und Schüler so begeistert, dass sie Thomas Strobl lautstark applaudierten und sich beeilten, mit ihren mitgebrachten Kameras noch schnell einen Schnappschuss von „ihrem“ MdB zu machen.



(Von Thomas Strobl begeistert: Die Schülerinnen und Schüler der Helene-Lang-Realschule aus Heilbronn)

Thematisch interessierten sich die gut aufgelegten Pennäler für die aktuellen Sparbeschlüsse der Bundesregierung und die Gerechtigkeitsvorstellungen der Union. Hierbei gelang es Dr. Schütterle, die Position seines Chefs deutlich zu machen und den Gästen das beruhigende Gefühl mit auf den Heimweg zu geben, dass Thomas Strobl und die CDU auch in schwieriger Lage besonnen handeln, es sich nicht leicht mit ihren Entscheidungen machen und nach reiflicher Überlegung entschlossen das Richtige tun.

### **NEWS AUS DEM MITARBEITERTEAM**

Der IPS-Stipendiat Denis Covalschi lud diese Woche Thomas Strobl und sein Büroteam zum Stipendiatenabend in die Berliner Humboldtuniversität ein. Auf dieser geselligen Veranstaltung im Auditorium Maximum der renommierten Hochschule, direkt an der Flaniermeile Unter den Linden gelegen, stellten alle Teilnehmer des Parlamentspraktikumsprogramms ihre Heimatländer vor und zogen feierlich Bilanz ihrer nun schon fast wieder beendeten Praktikumszeit in Berlin.



(Präsentierte stolz Wissenswertes über seine Heimat und verteilte kulinarische Spezialitäten aus Moldawien: Denis Covalschi am Infostand seines Landes in der Humboldt-Uni)

Bevor der Aufenthalt der jungen Akademiker aus 27 verschiedenen Ländern indes ganz zu Ende geht, stehen noch Besuche in den Wahlkreisen der ihnen zugewiesenen Abgeordneten an. Thomas Strobls Stipendiat wird etwa bereits kommende Woche in Heilbronn sein. Der moldawische Literaturwissenschaftler, der sich als echte Bereicherung des Berliner Teams von Thomas Strobl erwiesen hat, reist an, um für fünf Tage die Wahlkreisaktivitäten seines

Chefs zu verfolgen und sich Eindrücke von der Heimat Thomas Strobls zu holen.

„Ich freue mich schon auf diesen Besuch“, sagte Herr Covalschi, der von Katja Hermle betreut werden wird, Thomas Strobls Büroleiterin im Wahlkreis. Ende Juli kehrt Denis Covalschi dann in seine moldawische Heimat zurück und wird sicher bleibende Eindrücke von Deutschland, speziell auch von Heilbronn, mitnehmen.

#### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



#### **Thomas Strobl diskutiert mit Polizei:**

#### **Bundespolizeirevier im Fokus des Heilbronner MdB. (Mitteilung vom 14.06..2010)**

Der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl informierte sich vor Ort in Heilbronn über die Verhältnisse bei der Bundespolizei, die ihren hiesigen Sitz beim Heilbronner Hauptbahnhof hat. In den neuen Räumen diskutierte der Bundestagsabgeordnete mit den Beamtinnen und Beamten und ließ sich ihre Wahrnehmung des Dienstalltags mit allen Chancen und Risiken schildern.



Insbesondere die Problematik der Gewalt gegen Polizeibeamte, aber auch das Problem der

Jugendkriminalität, der Alkoholexzesse und der Fußballereinsätze wurden angesprochen. Gerade in der jetzt angebrochenen WM-Zeit mit dem „Public Viewing“ auf der Heilbronner Theresienwiese wird viel Arbeit auf die Bundespolizei auch in Heilbronn zukommen.

Anschließend wurden die derzeitigen Dienstplanprobleme diskutiert und Thomas Strobl informierte sich ausführlich über die aktuellen Zahlen sowie den von Polizeiseite ausgemachten Handlungsbedarf.

Am Ende der konstruktiven Gespräche wurden dem Heilbronner Abgeordneten, der in Berlin Chef der baden-württembergischen CDU-Landesgruppe ist, noch die neuen Räumlichkeiten beim Revier Heilbronn gezeigt, für die sich Thomas Strobl in den vergangenen Jahren immer sehr eingesetzt hatte.

Der Heilbronner MdB war sehr angetan von den Veränderungen seit seinem letzten Revierbesuch und versprach, sich auch in Zukunft für die Interessen der Polizei stark zu machen, ohne deren beschwerliche tägliche Arbeit die Sicherheit in unserem Lande nicht aufrechtzuerhalten sei.

## **Thomas Strobl:**

**„Hannelore Kraft liefert sich der Linken aus.“**

**(Mitteilung vom 17.06.2010)**

Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl MdB, kritisierte die Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen: „Dass sich Hannelore Kraft ausgerechnet am 17. Juni – dem Gedenktag für die Opfer des Stalinismus in Deutschland – in politische Geiselschaft der Linken begibt, ist geradezu obszön.“



Hannelore Kraft, so Strobl, schloss noch vor drei Tagen eine Minderheitsregierung aus. Ihr Generalsekretär Michael Groschek habe selbst noch vorgestern vor instabilen Verhältnissen im Zusammenhang mit einer rot-grünen Minderheitsregierung gewarnt. „Damit ist klar: Hannelore Kraft ist lediglich eine willfährige Marionette im Spiel des SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel“, so der Generalsekretär.

Für Strobl steht fest: Der SPD ist jedes Mittel recht, um an den Chefsessel der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei zu kommen.

## **Zitat zum Schluss:**



«Die Umgangsformen müssen so werden, wie mein Sohn in der Schule erzogen wird, das heißt respektvoll.»

(EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Montag über die schwarz-gelbe Koalition)